



Maria Springenberg-Eich

Kassel, 25. April 2016

Leiterin der Landeszentrale für politische Bildung NRW

Ist die politische Kultur im Umbruch?

Eine Antwort in vier Thesen

zum Kongress "Wut, Protest und Volkes Wille?"
in Kassel, 25. und 26. April 2016

Politische Kultur zeigt im Kern, wie die politische Auseinandersetzung strukturiert ist und zeigt das Verteilungsmuster aller kognitiven, emotionalen und beurteilenden Einstellungen einer Bevölkerung gegenüber dem politischen System als der Summe aller Institutionen

These 1

1

**Die politische Kultur ist ohne Zweifel in Bewegung.
Der Aufstieg des Rechtspopulismus ist dabei Ausdruck einer tiefen Krise der politischen Repräsentation.**

Dies macht sich nicht zuletzt fest an einem Trend niedriger Wahlbeteiligung, wachsenden Protestformen in Form der so genannten „Wutbürger“, neuen politischen Bewegungen und Parteien wie PEGIDA und AfD.

Parteien wie PEGIDA und AfD stellen sich unversöhnlich und zum Teil hasserfüllt gegen gesellschaftliche Veränderungen und stellen Grundlagen moderner Demokratien in Frage,

- wenn sie beispielsweise ganze Religionsgemeinschaften ausgrenzen und damit die Gleichwertigkeit und die Freiheit jedes einzelnen verneinen



- wenn sie die Legitimität von Konflikten und unterschiedlichen Interessen negieren und / oder
- wenn sie nicht die friedliche Auseinandersetzung suchen und Kompromisse als Wesensmerkmal demokratischer Bewältigung von Konflikten in Misskredit bringen

Insgesamt haben sich die Zustimmungsraten für die politischen Parteien tiefgehend verändert.

Gingen im Jahre 1980 bei der Bundestagswahl noch 88,6 % der Wahlberechtigten zur Wahl und wählten mit fast 97 % die „Bonner Parteien“ CDU, SPD und FDP, waren es 2013 nun auch mit Grünen und Linken noch 72 % - bei einer Wahlbeteiligung von nur noch 71 %

Das heißt bezogen auf alle Wahlberechtigten: 1980 wählten 85 % das demokratische Spektrum; 2013 waren es noch 51 %).

2

Die letzten Landtagswahlen sind die ersten Wahlen seit vielen Jahren mit einer steigenden Wahlbeteiligung, dies aber vor allem bezogen auf die rechtspopulistische AfD.

Die entscheidende Herausforderung ist hierbei, dass die AfD wieder Wähler an die Wahlurnen gebracht hat, die zuvor nicht mehr zur Wahl gegangen sind, sich entsprechend auch nicht mehr repräsentiert fühlten.



These 2

Die Ursachen für diesen Wandel der politischen Kultur liegen in den tief greifenden gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahrzehnte begründet, in deren Folge sozialkulturelle Ordnungen brüchig werden und Menschen das Gefühl der „politischen Obdachlosigkeit“ entwickeln.

Dabei vergrößern Globalisierung und Digitalisierung, Flucht und Migration die gesellschaftliche Komplexität und Problemlagen.

Dies ist eingebettet in weltweit wachsende soziale Ungleichheit. Hierbei konzentriert sich Armut auch in Deutschland in bestimmten Quartieren.

Die Zustimmung zu Positionen von AfD und Pegida ist in der Bevölkerung ungleich verteilt. Dabei sind wichtige Unterschiede feststellbar in den Quartieren.

Die Korrelationen sind eindeutig: Je höher die Arbeitslosigkeit, je schlechter die Wohnlage in einem Stadtviertel und umso geringer ist die Wahlbeteiligung, umso größer die Zustimmung zur AfD.

Aber auch Teile des Mittelschichtsmilieus haben wachsende Abstiegsängste. Sie haben schlichtweg Angst, demnächst auch zu den so genannten Abgehängten zu gehören und reagieren mit Ab- und Ausgrenzung und sind entsprechend für rechtspopulistische Rhetorik anfällig.

Darüber hinaus scheint es heute möglich, dass die Rechtspopulisten auch in Deutschland zunehmend Teile des traditionellen Arbeitnehmersmilieus repräsentieren, wie dies bereits in Österreich und Frankreich nachweislich ein wachsendes Phänomen ist.



These 3:

Rechtspopulisten fördern und nutzen Ängste, greifen Ressentiments auf und verknüpfen sie mit tatsächlichen Problemen in der Weise, dass sich die „politisch Obdachlosen“ nun von ihnen repräsentiert fühlen.

AfD und Pegida Anhänger sind unzufrieden mit der Flüchtlings- und Asylpolitik und haben Angst vor Überfremdung.

Gleichzeitig inszenieren sie sich als Tabubrecher. Ein ganz wesentlicher Teil ihrer Rhetorik basiert auf Sätzen wie: „Wir sprechen aus, was alle denken, aber niemand zu sagen wagt.“ Oder: „Man wird das doch wohl noch sagen dürfen!! Oder:“ Der Islam gehört nicht zu Deutschland“

These 4

In der Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Positionen gibt es kein Patentrezept.

Das Gefühl der „politische Obdachlosigkeit“ von Teilen der Bevölkerung zeigt aber den einzuschlagenden Weg für Politik und für die politische Bildung auf: Zuhören, Probleme benennen, Interesse zeigen für politische Motive und individuelle Schicksale, nicht vorschnell Etiketten verteilen, die die Bereitschaft für die Auseinandersetzung verhindern, an problemlösenden Strategien gemeinsam arbeiten und nicht zuletzt, menschenrechtsbezogene Demokratiebildung an Schulen wesentlich verstärken

Politische Bildung muss vor allem in der Lebenswelt der Menschen ansetzen.

Sie muss verstärkt in die Quartiere gehen, dort arbeiten, wo die Probleme sind und damit dabei helfen, Menschen zur Vertretung ihrer eigenen Interessen zu befähigen, ohne sich – aus der Not heraus – populistischen Vereinfachern auszuliefern.

Was macht die Landeszentrale NRW:

Wir bündeln derzeit unsere Angebote und legen dabei einen Schwerpunkt auf die Arbeit in den Problem-Quartieren.



Hier sind unsere Partizipationsprojekte mit jungen Menschen, aber auch unser Projekt „Imame werden Demokratiebotschafter“.

An Schulen konzentrieren wir unser Veranstaltungsangeboten zu den Themen

Demokratielernen, Rechtsextremismus, Islam-Islamismus, Asyl-und Europa.

Das neue Konzept zur Verknüpfung von Sprache lernen und Demokratiebildung werden wir an den Berufsschulen in diesen Quartieren starten.

Aber auch unsere 47 Weiterbildungseinrichtungen der politischen Bildung und 23 Gedenkstätten erarbeiten gemeinsam mit uns Formate für die für die Auseinandersetzung mit populistischen Agitationen und Argumentationen.